P r o t o k o l l

der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen und Umwelt am 27. April 2010 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:55 Uhr

Anwesenheit

Frau Reuhl
Herr Dreiseitel
Frau Gänß

Herr Duschek

i. V. für Herrn Dr. Kasbohm

Herr Kruse

Herr Liedtke

Herr Littmann

Herr Meyersieck

Frau Behrendt

i. V. für Frau Dr. Schwenke

Herr Wähler

Entschuldigt

Herr Lüthen

Verwaltung

Herr Hochheim

Herr Kaiser

Herr Hauck

Herr Imhorst

Frau Fritsch

Herr Niemeyer

Herr Haufe

Herr Wille

Herr Wilke

Gäste

Herr Reif

Universität Greifswald

OZ

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Abstimmung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Information über das Bürgergutachten zur „Kommunalen Klima- und Energiepolitik“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 60
5. Informationen zum Stand der Umsetzung der Abfallsatzung
6. Beschlusskontrolle
- 6.1. Bildung einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zur Entwicklung des Areal „Hafen Ladebow“
CDU-Fraktion 05/151
B92-04/09
- 6.2. Radverkehr Ernst-Thälmann-Ring Schönwalde I -Nordseite
SPD-Fraktion 05/173
B105-05/10
- 7. Diskussion von Beschlussvorlagen**
- 7.1. Maßnahmen gegen unerlaubten Kfz-Verkehr in der Fußgängerzone
Bündnis 90 / Die Grünen 05/219
- 7.2. Standort für das Kultur- und Bürgerhaus in Greifswald
Fraktionen SPD, Die Linke, B90/Grünen 05/224
- 7.3. Ausweisung der Steinbeckerstraße als Fußgängerzone
Bündnis 90 / Die Grünen 05/225
- 7.4. Verkehrskonzept Campus Beitz- Platz
SPD-Fraktion 05/233
- 7.5. Ankauf des Philipp-Müller-Stadions
SPD-Fraktion 05/237
- 7.6. Investitionen der WVG in Riems
SPD-Fraktion 05/239
- 7.7. Bebauungsplan Nr. 14 - Hafen Ladebow -
Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Dez. II, Amt 60 05/229
- 7.8. Satzung über die Veränderungssperre im Bereich Hafen Ladebow
Dez. II, Amt 60 05/228
- 7.9. ISEK- Teilfortschreibung: Bevölkerungs- und
Wohnraumnachfrageprognose
Dez. II, Amt 60 05/232
8. Informationen der Verwaltung

9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
10. Informationen der Ausschussvorsitzenden
11. Bestätigung des Protokolls vom 09.03.2010
12. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Die Ausschussvorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Zu TOP: 2. Abstimmung der Tagesordnung

Zwei Tischvorlagen werden in die Tagesordnung wie folgt integriert:

- 7.10. „Stellungnahme der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Wunsch der Gemeinde Wackerow, eine Gemeindefusion anzustreben“

Bündnis 90/ Die Grünen

Die Informationsvorlage:

„Absicherung Nordseite Grundstück An der Klosterruine 6“
Dez. II, Amt 60

wird unter TOP 8. „Informationen der Verwaltung“ behandelt.

Die Verwaltung zieht folgende Beschlussvorlagen zurück:

- 7.7. „Bebauungsplan Nr. 14 - Hafen Ladebow - Änderung des Aufstellungsbeschlusses“
- 7.8. „Satzung über die Veränderungssperre im Bereich Hafen Ladebow“

Informationen dazu gibt Herr Hochheim unter TOP 6.1. „Bildung einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zur Entwicklung des Areals „Hafen Ladebow““

Der so geänderten und ergänzten Tagesordnung wird mit 10 Ja-Stimmen zugestimmt.

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Leupold aus dem Kooser Weg 4a (Ostseevierviertel Parkseite) spricht zur Problematik „Gestaltung Parkplatz Kooser Weg“ vor.

Der Parkplatz liegt im Quartier A3 des im Rahmen des Förderprogramms Stadtumbau Ost umgestalteten Wohngebietes Ostseevierviertel Parkseite, das 2007 übergeben wurde.

Es stellen sich folgende Fragen:

1. Wo sind die Fördermittel geblieben, die für die Gestaltung des Parkplatzes 2007 zur Verfügung gestanden haben müssen?

Die Anwohner befürchten, dass keine Fördermittel mehr zur Verfügung stehen und sie dann an den Maßnahmen zur Gestaltung des Parkplatzes finanziell beteiligt werden könnten.

2. Wann und wie wird die Herrichtung des Parkplatzes endlich erfolgen?

Jedes andere Quartier hätte im Rahmen der Umbaumaßnahmen neue Parkplätze erhalten. Die Problematik war bereits Thema in den Ortsteilvertretungssitzungen am 28.04.2009 und 19.04.2010.

Die Verwaltung wird die Fragen schriftlich beantworten.

Zu TOP: 4. Information über das Bürgergutachten zur "Kommunalen Klima- und Energiepolitik" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Herr Haufe führt in die Thematik kurz ein. Das Klimaschutzkonzept der Universitäts- und Hansestadt Greifswald befindet sich in der Endphase der Erstellung. Neben dem Verkehrsprojekt und dem Wärme- und Stromprojekt erfolgte die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger mittels Durchführung von bisher drei Bürgerversammlungen (die vierte Bürgerversammlung soll im September 2010 stattfinden) und durch die Erarbeitung des vorliegenden Bürgergutachtens durch das Bürgerforum. Das Klimaschutzkonzept wird Ende Mai 2010 fertig erstellt sein und dann durch das Max-Planck-Institut übergeben werden. Nach der Sommerpause wird das Konzept in den Gremien, mit Ziel Bürgerschaftssitzung am 27.09.2010, vorgestellt. Die Ergebnisse des Klimaschutzkonzeptes sollen in einer Greifswalder Klimaschutzkonferenz im Oktober 2010 überregional präsentiert werden.

Herr Reif von der geografischen Sektion der Universität Greifswald stellt das Bürgergutachten vor.

Das Gutachten ist im Internet zu finden unter:

<http://www.greifswald.de/standort-greifswald/bauenumwelt/umweltschutzklimaschutz/klimaschutz/visionen-einer-gruenen-stadt-buerger-uebergeben-gutachten-zum-klimaschutz.html>

oder auch direkt unter:

http://www.greifswald.de/uploads/media/Buergergutachten_02.pdf

Zu TOP: 5. Informationen zum Stand der Umsetzung der Abfallsatzung

Herr Kaiser informiert, dass mit dem Inkrafttreten der Abfallsatzung diese zur Anwendung gekommen ist und somit als umgesetzt gilt. Gleiches betrifft die Abfallgebührensatzung, die mit der Abfallsatzung einhergeht.

Mit der Umsetzung der Abfallgebührensatzung sind die prognostizierten Vermutungen hinsichtlich möglicher Verhaltensweisen der Bürger dahingehend eingetreten, dass der „Grünschnitt“ nun aufgrund der kostenpflichtigen Entsorgung in großem Maße im Hausmüll wiederzufinden ist, damit verbunden teils größere Abfallbehälter geordert und auch die Abfahrtszyklen verlängert wurden. An den Grünschnittannahmestellen ist ein drastischer Rückgang der Abgabemenge zu verzeichnen und das Personal in

den Annahmestellen bleibt auch von verbalen Auseinandersetzungen mit den privaten Zubringern nicht verschont.

Die finanziellen Auswirkungen durch die Anwendung der neuen Abfallgebührensatzung können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden. Es ist demnächst eine neue Verwiegung von Abfallbehältern vorgesehen. Gebührenerhöhungen können nicht ausgeschlossen werden.

Herr Liedtke informiert, dass zum 20.05.2010 vorgesehen ist, die entsprechenden Parteien der Bürgerschaft durch den Präsidenten zur Arbeitsgruppe Abfall einzuladen, davon ausgehend, dass die Bürgerschaft am 17.05.2010 dem zustimmt.

Auf Nachfrage von Herrn Duschek erklärt die Verwaltung, dass eine kurzfristige Nachkalkulation, nicht zuletzt auch aufgrund eines damit verbundenen hohen Verwaltungsaufwandes, nicht ratsam ist. Möglich wäre z. B., dass die Arbeitsgruppe Alternativen findet und diese bis Jahresende derart einbringt, dass für das kommende Jahr eine geänderte Satzung zur Anwendung kommen kann.

Zu TOP: 6. Beschlusskontrolle

*Zu TOP: Bildung einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zur Entwicklung des Areals
6.1. "Hafen Ladebow"*

Herr Hochheim informiert über die Umstände, die zur Zurückziehung der Tagesordnungspunkte 7.7. „Bebauungsplan Nr. 14 - Hafen Ladebow - Änderung des Aufstellungsbeschlusses“ und 7.8. „Satzung über die Veränderungssperre im Bereich Hafen Ladebow“ geführt haben.

Nachdem das zuständige Ministerium durch die Verwaltung über die geänderten Absichten der Stadt zur weiteren Entwicklung des Hafens Ladebow unterrichtet wurde, hatte das Ministerium schriftlich darauf reagiert, indem es der Stadt mitteilte, den beabsichtigten Weg so nicht mitzugehen. Insbesondere hätte die Stadt dann ein Fördermittelrückforderungsverfahren zu erwarten. Herr Hochheim zitiert entsprechend aus dem vorliegenden Ministeriumsschreiben.

*Zu TOP: Radverkehr Ernst-Thälmann-Ring Schönwalde I -Nordseite
6.2.*

Herr Hochheim informiert, dass die Notwendigkeit der Ausbildung eines 70cm - Schutzstreifens durch das zuständige Fachamt nochmals geprüft und auch in der Ortsteilvertretung darüber informiert und diskutiert wurde. Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass es sich hier um eine Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises handelt und somit ihrerseits keine weiteren Aktivitäten mehr einzuleiten sind.

Zu TOP: 7. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: *Maßnahmen gegen unerlaubten Kfz-Verkehr in der Fußgängerzone*
7.1.

Frau Reuhl bringt die Vorlage ein.

Herr Liedtke macht auf den Unterschied in Bezug auf die Zuständigkeiten bei der Überwachung und Kontrolle des ruhenden und fließenden Verkehrs aufmerksam. Dies sollte auch in der Vorlage unbedingt zum Ausdruck gebracht werden.

Der Beschlussvorlage wird unter Berücksichtigung dieses Hinweises mit 10 Ja- Stimmen zugestimmt.

Zu TOP: *Standort für das Kultur- und Bürgerhaus in Greifswald*
7.2.

Die Ausschussvorsitzende erklärt sich zu diesem TOP für befähigt, übergibt ihrem Stellvertreter Herrn Meyersieck die Leitung und verlässt die Sitzung.

Herr Littman bringt die Vorlage ein.

Im Ergebnis der Diskussion wird der Beschlussvorschlag wie folgt geändert: Im ersten Satz wird das letzte Wort „verwirklichen“ durch das Wort „unterstützen“ ersetzt. Der letzte Satz des Beschlussvorschlages wird gestrichen. Der neue Beschlussvorschlag lautet somit:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald spricht sich dafür aus, das Projekt des Kultur- und Bürgerhauses in Greifswald zu unterstützen. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, mit dem Trägerverein Kultur- und Initiativenhaus Greifswald e.V. kontinuierliche Verhandlungen über einen geeigneten Standort für die Umsetzung des Vorhabens durchzuführen. Ziel dabei ist insbesondere, zeitnah den Erwerb eines geeigneten Gebäudes oder Grundstücks für das Projekt zu ermöglichen.

Der Beschlussvorlage wird mit o. g. Änderung des Beschlussvorschlages mit 6 Ja- Stimmen, einer Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen zugestimmt.

Zu TOP: *Ausweisung der Steinbeckerstraße als Fußgängerzone*
7.3.

Frau Reuhl übernimmt wieder die Leitung der Sitzung und bringt die Vorlage ein.

Bis zur Bürgerschaftssitzung wird durch die Einbringerin die Erneuerung der Unterschriftenliste veranlasst.

Durch die Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass die Ausweisung von Fußgängerzonen nicht der Beschlussfassung durch die Bürgerschaft unterliegt. Vielmehr ist hier die Straßenverkehrsbehörde zuständig (übertragener Wirkungskreis). Es wird aber empfohlen, durch Bürgerschaftsbeschluss den gesamten Innenstadtbereich hinsichtlich der Ausweisung von Fußgängerzonen prüfen zu lassen und nicht nur eine einzelne Straße, wie hier die Steinbecker, zu betrachten. Auch das Verkehrskonzept Innenstadt und das Parkraumkonzept sollten bei dieser Problematik eine Rolle spielen.

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage nicht abstimmen.

Zu TOP: *Verkehrskonzept Campus Beitz- Platz*
7.4.

Herr Littmann bringt die Vorlage ein.

Durch die Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Beschlussvorschlag ausschließlich um den ruhenden und fließenden Verkehr um das Klinikum herum handeln kann. Nur dafür kann durch die Bürgerschaft ein Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt werden. Für die Bereiche Klinikum und Campus selbst sind allein Klinikum und Universität zuständig.

Der Beschlussvorlage wird mit 10 Ja- Stimmen zugestimmt.

Zu TOP: *Ankauf des Philipp-Müller-Stadions*
7.5.

Herr Littmann bringt die Vorlage ein.

Herr Hochheim berichtet, dass im Finanzausschuss die Einbringer der Vorlage den Punkt 2 des Beschlussvorschlags gestrichen haben. Es wird darauf hingewiesen, dass es üblicherweise Angelegenheit der Fraktion ist, sich im Vorfeld über notwendige Deckungsquellen Gedanken zu machen. Anzuzweifeln ist ebenfalls, dass keine haushaltsrechtlichen Auswirkungen, wie in der Vorlage ausgewiesen, erwartet werden.

Der Beschlussvorlage wird, unter Berücksichtigung der Streichung des Punktes 2 im Beschlussvorschlag, mit 7 Ja- Stimmen und 3 Stimmenthaltungen zugestimmt.

Zu TOP: *Investitionen der WVG in Riems*
7.6.

Herr Littmann bringt die Vorlage ein.

Die Verwaltung macht darauf aufmerksam, dass es „Riemserort“ im Beratungsgegenstand der Beschlussvorlage heißen muss.

Nach längerer Diskussion stellt sich heraus, dass die Vorlage einer inhaltlichen Überarbeitung bedarf.

Die Vorlage wird durch den Einbringer zurückgezogen.

Zu TOP: *ISEK- Teilfortschreibung: Bevölkerungs- und Wohnraumnachfrageprognose*
7.9.

Herr Kaiser informiert über die Änderung des Beschlussvorschlags, der nun wie folgt lautet:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Teilfortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes 2005 bestehend aus - Bevölkerungsprognose 2009 bis 2020 und - Haushalts- und Wohnraumnachfrageprognose bis 2020.

Herr Wille referiert zur Bevölkerungsprognose und Herr Imhorst zur Wohnraumnachfrageprognose. Die Berichte sind Anlagen der Vorlage.

Der Beschlussvorlage wird mit der Änderung des Beschlussvorschlags mit 10 Ja- Stimmen zugestimmt.

Zu TOP: *Stellungnahme der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum Wunsch der Gemeinde Wackerow, eine Gemeindefusion anzustreben*
7.10.

Die Ausschussvorsitzende bringt die Vorlage kurz ein.

Gleichwohl dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften sieht auch der Ausschuss für Bauwesen und Umwelt die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlags als unstrittig an. Die Punkte 3 und 4 sind nicht ohne weiteres durchführbar.

Es wird nicht über die Vorlage abgestimmt.

Zu TOP: 8. *Informationen der Verwaltung*

Herr Kaiser informiert über die „Absicherung Nordseite Grundstück An der Klosterruine 6“. Hierzu wurde eine Informationsvorlage als Tischvorlage verteilt. Der Ausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

Herr Hochheim setzt den Ausschuss darüber in Kenntnis, dass es am 10.05.2010, 18:00 Uhr eine gemeinsame Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften und des Ausschusses für Bauwesen und Umwelt geben soll zur Kostenentwicklung bezüglich des Stadthauses.

Herr Kaiser informiert, dass es zum Bebauungsplan Nr. 107 - Östlich

Hainstraße - kein Änderungsverfahren geben wird. Es hat eine Einigung mit dem Bauherren gegeben. Die Anzahl der Wohneinheiten wurde reduziert, so dass kein Konflikt zum Bebauungsplan mehr besteht. Nach wie vor kann in diesem Bereich mit Bauanzeige gebaut werden.

Herr Imhorst informiert über die Zustimmung der zuständigen Behörden zur Diagonalquerung der Kreuzung „Platz der Freiheit“ für Radfahrer. Am 20.04.2010 gab es dazu mit allen Beteiligten eine Vor- Ort- Begehung. Genaue Planung und Kosten werden dem Ausschuss zu gegebenem Zeitpunkt vorgestellt.

Informationen im Internet unter:

<http://www.greifswald.de/standort-greifswald/bauenumwelt/verkehrsplanung/radverkehr-und-fussgaengerverkehr/aktuelle-planungen-und-massnahmen-im-radverkehr.html>

Zu TOP: 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Dreiseitel bittet die Verwaltung darum, so schnell wie möglich Maßnahmen einzuleiten zur Verbesserung des Radweges zwischen Hafestraße und Ryck- Residenz, gerade auch im Zusammenhang mit dem Ostseeküstenradweg. Es wird darum gebeten, in der nächsten Ausschusssitzung über mögliche Maßnahmen, die sofort zur Umsetzung kommen können, zu berichten. Kurzfristige provisorische Lösungen mit eingeschlossen.

Herr Duschek fragt nach, welche Kreisverkehre, die in Greifswald vor einiger Zeit diskutiert wurden, sind in der nächsten Zeit zur Umsetzung vorgesehen, insbesondere dabei das Augenmerk auf die Kreuzung Stralsunder Straße/ Ladebower Chaussee gerichtet.

Herr Imhorst berichtet dazu, dass zu dieser Kreuzung bereits eine Planung existiert und die Maßnahme auch im Rahmen des Konjunkturprogramms angemeldet, im Nachhinein allerdings aus dem Programm gestrichen wurde. Der Antrag liegt nach wie vor im Wirtschaftsministerium vor. Die Stadt hat ihrerseits auf Nachfrage durch das Ministerium die Aufrechterhaltung des Antrags bestätigt. Parallel dazu laufen die Verhandlungen mit dem Landkreis bezüglich Ankauf/ Tausch von benötigten Flächen für den Bau des Kreisverkehrs weiter.

Herr Kruse spricht den im Zusammenhang mit der Freigabe der Bahnparallele offenbar fehlenden Radweg in der Verlängerten Scharnhorststraße, die an die Osnabrücker Straße angebunden ist, an. Gerade auch vor dem Hintergrund der Thematik Schulwegsicherung.

Herr Hochheim informiert dazu, dass beabsichtigt ist, die Verlängerte Scharnhorststraße als Fahrradstraße auszuweisen und damit das Problem eines fehlenden Radweges dann gelöst ist. Die Ausweisung als Fahrradstraße und die damit verbundenen Markierungen und Beschilderungen sollen in den nächsten Wochen erfolgen.

Auf Nachfrage von Frau Gänß informiert Herr Kaiser, dass die durch Bürgerschaftsbeschluss zum Verkauf bestimmten Liegenschaften im Bereich der Hafestraße (Bebauungsplan Nr. 55) noch nicht an den Erwerber veräußert wurden. Der Notartermin hat noch nicht stattgefunden. Die Verkaufsverhandlungen laufen weiter und es kann auch an keinen anderen Interessenten veräußert werden.

Zur Baderstraße 2 berichtet Herr Kaiser, auf weitere Nachfrage von Frau Gänß, dass dies Privateigentum ist und hier durch die Stadt umfangreiche Sicherungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Es gab von verschiedenen Seiten Absichten zum Erwerb dieses Grundstücks, bislang ohne Erfolg. Der Eigentümer sieht sich nicht in der Lage, das Gebäude zu sanieren. Der momentane Zustand, das Grundstück betreffend, wird also weiter andauern.

Frau Reuhl fragt, warum die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes in der Ortsteilvertretung Innenstadt vorgestellt wurde und im Ausschuss für Bauwesen und Umwelt nicht.

Herr Hauck berichtet dazu, dass dies auf ausdrücklichen Wunsch der Ortsteilvertretung geschehen ist. Sowohl die Planung für den Neubau des Zentralen Omnibusbahnhofes (ZOB) als auch die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes waren bereits Themen in vergangenen Ausschusssitzungen. An den Planungen hat sich nichts geändert. Der Fördermittelbescheid für den ZOB wird aus Schwerin erwartet.

Informationen im Internet unter:

<http://www.greifswald.de/standort-greifswald/bauenumwelt/verkehrsplanung/oeffentlicher-personennahverkehr-oepnv/planung-zentraler-omnibusbahnhof-zob.html>

Zu TOP: 10. Informationen der Ausschussvorsitzenden

Keine

Zu TOP: 11. Bestätigung des Protokolls vom 09.03.2010

Das Protokoll vom 09.03.2010, öffentlicher Teil, wird mit 8 Ja- Stimmen und 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Zu TOP: 12. Schluss der Sitzung

Ende des öffentlichen Teils um 20:55 Uhr.

gez. Anja Reuhl
Ausschussvorsitzende

gez. J. Wilke
für das Protokoll